

Von braunen und anderen Geistern. Die Tübinger Philosophen Max Wundt und Theodor Haering in Weimarer Republik und Nationalsozialismus

Vortrag auf Einladung der Geschichtswerkstatt und des Lern- und Dokumentationszentrums Tübingen, 28. April 2016, Kulturamt Tübingen

Die Passagen in eckigen Klammern wurden aus Zeitgründen nicht vorgetragen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich werde im Folgenden kurz den Unterschied zwischen der Staatsauffassung Kants und Hegels darlegen. Anschließend gebe ich einen knappen Überblick über das Philosophische Seminar und wende mich dann den beiden Ordinarien Theodor Haering und Max Wundt zu. Sie begleiten wir durch die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus.

„Ohne Kant hätte ich es nie gekonnt.“ Das soll der Philosoph Julius Ebbinghaus (Freiburg, Rostock, Marburg) nach dem Zweiten Weltkrieg geantwortet haben, als sein einstiger Schüler Hans Jonas ihn gefragt hatte, weshalb er sich von den Nationalsozialisten nie habe vereinnahmen lassen. Ebbinghaus war in der Weimarer Republik Neu-Hegelianer, ein überzeugter Gegner des Versailler Vertrags und DNVP-Mitglied. Ebbinghaus hatte sich aber von Hegel ab- und Kant zugewandt.

Auch der wegen seiner Mitgliedschaft in der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ 1943 zum Tode verurteilte Münchener Philosoph Kurt Huber führte im Schlusswort vor dem Volksgerichtshof aus, er habe sich „im Sinne von Kants Kategorischem Imperativ gefragt, was geschähe, wenn die subjektive Maxime meines Handelns allgemeines Gesetz würde.“

Zwei Philosophen, die sich der Ideologie des Nationalsozialismus entziehen konnten, beriefen sich auf Kant. Kant war der eine Pol, der andere aber war Hegel. Mit dem einen können sie eine demokratische Gesellschaft begründen, mit dem anderen sie zerstören.

Kants Moral- und Staatsphilosophie sind eng miteinander verbunden. Oberstes Prinzip der Moralphilosophie ist der Kategorische Imperativ:

„Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“. Nach dieser Formel und auch nach der Zweckformel des Kategorischen Imperativs: „Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden andern jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest.“ kann niemand wollen, dass etwa Minderheiten diskriminiert oder getötet werden.

Denn die Menschheit und ihr Zweck werden im Einzelnen stets mitgedacht. Der Mensch ist nach Kant immer auch Zweck, niemals Mittel allein. Und der Zweck des Menschen liegt in dessen Selbstbestimmung. Sie schließt auch die Entwicklung und den Gebrauch all seiner Fähigkeiten ein. So muss ich jederzeit dem anderen seine Freiheit lassen, damit er sich selbst bestimmen, seine Fähigkeiten entwickeln kann. Nur bis zu dieser Grenze reicht meine eigene Freiheit. Freiheit ist bei Kant sowohl die Freiheit von Naturgesetzen als auch die Freiheit von der Willkür des anderen. Dieses Recht der Freiheit steht dem Menschen allein wegen seines Menschseins zu, also kraft seiner Vernunft, Würde und Persönlichkeit.

Moralisches Gesetz, Autonomie und Freiheit sind unzertrennlich. Ursache des Kategorischen Imperativs, der Moral, ist der Mensch, nicht der Staat. Der Kategorische Imperativ ist nicht auf eine Gesellschaft beschränkt, er ist sogar ethische Weltformel. Er ist immer und überall für alle gültig. Er gilt für alle Religionen und Kulturen (und sogar darüber hinaus, nämlich für „alle vernünftigen Wesen“). Er differenziert nicht nach Geschlecht, Alter oder Ethnie. Auf die Kant'sche Moralphilosophie können wir eine Republik bauen, sogar eine Welt-Republik. Denn der Weltbürger Kant will die Bürger der Welt unter **einen** moralischen Grundsatz stellen.

Den Staat sieht Kant nur als Mittel zu dem Zweck an, dem Menschen die Freiheit im Recht zu sichern. Er fordert auch die Gewaltenteilung. Denn nur in einem republikanischen Staat ist Freiheit möglich. Souverän ist das Volk. Die republikanische Rechtsordnung im Innern will Kant aber auch global verwirklicht wissen. Sein Werk „Zum ewigen Frieden“ ist der Versuch, Kriege immer mehr zurückzudrängen und sie schließlich ganz aus der Welt zu schaffen.

Hegel hat keinen individuellen Freiheitsbegriff entwickelt. Freiheit wird bei ihm erst in einem Staat verwirklicht. So ist es „höchste Pflicht“ des Einzelnen, Mitglied eines Staates zu sein. Der Staat aber ist bei Hegel Selbstzweck, die Mitglieder sind für ihn da, nicht der Staat für die Mitglieder. Beim preußischen Staatsphilosophen steht der Staat über den Individuen. In Hegels „organischen“ Staat fühlen sich die nach Ständen gegliederten Teile dem Ganzen verbunden. Diese Stände nehmen im System eines „lebendigen Organismus“ eine vermittelnde Rolle zwischen Volk und Regierung ein.

Eine Gewaltenteilung lehnt Hegel ab, die alleinige Handlungsvollmacht legt er in die entschiedene Einheit eines Souveräns. Im Monarchen bündeln sich alle drei Gewalten.

Hegel schätzte im Übrigen die geistigen Qualitäten des Volkes gering: „Das Volk ... weiß nicht, was“ es will, „ohne seinen Monarchen“ ist es nur eine „formlose Masse“, so Hegel. Folgerichtig ist die „Volkssouveränität“ „ein verworrener Gedanke“, dem „die wüste Vorstellung des Volkes zugrunde liegt.“ Hegel fordert denn auch die konstitutionelle Erb-Monarchie, zumal ein „Wahlreich“ die schlechteste der Institutionen sei, da der *partikulare* Wille zum letzten Entscheidenden gemacht werde. Hegel lässt dem Bürger nur innerhalb der „bürgerlichen Gesellschaft“ Freiraum für die Entwicklung einer liberalen Wirtschaft, das ist dann der „Kampfplatz der individuellen Privatinteressen“.

Das politische Subjekt aber hat in Hegels Staatskonzeption keinen Platz. Allein der Staat als „Inkarnation des ‚Weltgeistes‘“ ist in seinem Handeln frei. Der Monarch aber ist Mittel und Werkzeug eines diffusen metaphysischen „Weltgeistes“, der einem angeblichen „Endzweck der Geschichte“ zustrebt. Diesen Geschichtsverlauf bettet Hegel in einen spekulativen und religiösen Kontext ein, in eine Art „Heilsgeschehen“. Auch Kriege gegen andere Staaten werden gebilligt. Denn der Krieg erhält die „sittliche Gesundheit der Völker“, wie auch die Winde den See vor Fäulnis bewahren (Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 324).

Hegel stand zu seiner Zeit einer liberal-konservativen Richtung nahe, in der Weimarer Republik aber der reaktionären. Hegel steht für den Machtstaat, für eine hierarchisch geschichtete Gesellschaft, für Unterordnung und für den entpolitisierten Bürger; Kant hingegen für einen Republikanismus, für den souveränen, selbstbestimmten,

selbstbewussten und politischen Bürger. Es gibt nicht wenige Philosophen, die den Schluss ziehen, der Hegelianismus habe den Nationalsozialismus nicht unwesentlich gefördert.

Das Philosophische Seminar in der Weimarer Republik

Auch die Philosophen brachten nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg ihre im Kaiserreich erhaltenen sozialen und politischen Prägungen in die Republik ein. Das Denken war weitgehend durch die konstitutionelle Monarchie bestimmt, eine in die Tiefe und Breite wirkende demokratische Staatstheorie fehlte. Wir finden vielfach demokratische Denkansätze, nur ganz vereinzelt das Gesamtkonzept von Demokratie, nämlich Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Pluralismus und Bürgerfreiheiten. Auf einer Liste von 1922 finden sich 18 verfassungstreue Philosophen.

Die deutsch-nationale Einstellung erhielt durch den Ersten Weltkrieg sogar noch einen gewaltigen Schub. 1916 gründeten die Philosophen die Fichte-Gesellschaft. Sie wollte den Patriotismus, das Gemeinschaftserlebnis vom August 1914 hochhalten, verstand sich als nationalpolitische Sammlungsbewegung und beschwor Fichtes „Reden an die Deutsche Nation“.

1917 kam es zur Gründung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft. Sie verstand sich als „nationale Alternative“ zur universalistischen Kant-Gesellschaft. Sie wurde 1904 zum 100. Todestag von Kant durch Hans Vaihinger gegründet. In ihr versammelten sich zum allergrößten Teil deutsch-nationale und antisemitische Intellektuelle, die sich an Hegel und am späten Fichte orientierten. Fichte als Denker des Nationalen versprach Sinngebung, Hegel als Denker des autoritären Staates Ordnung in den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Wirren nach dem verlorenen Weltkrieg. Die autoritäre Rechts- und Staatsphilosophie Hegels wurde in der Weimarer Republik zum bestimmenden (nicht nur philosophischen) Denken in konservativen, deutschnationalen und völkischen Kreisen. Hegel erwies sich laut Ernst Cassirer als der „gefährlichste Feind aller demokratischen Ideale.“ In dieser Kulturkrise hatten es Kants Moral- und Staatsphilosophie während der Weimarer Republik – erst recht im

Nationalsozialismus – nicht leicht. Die Vernachlässigung liberaler Staatstheorien ist aber auch Indiz dafür, dass etwas in einer Gesellschaft nicht in Ordnung ist. Denn die Entscheidung für Kant oder für Hegel ist nicht einfach eine politische, sie impliziert auch einen ganzen Wertekanon und eine je unterschiedliche Interpretation der Welt.

Von 1918/19 bis 1933 lehrten am Philosophischen Seminar der Eberhard-Karls Universität sieben Dozenten: die Ordinarien Erich Adickes (1866 – 1928), Karl Groos (1861 – 1946), Theodor Haering (1884 – 1964) und Max Wundt (1879 – 1963) sowie der außerordentliche Professor Traugott Konstantin Oesterreich (1880 – 1949), die ordentlichen Honorarprofessoren Heinrich Spitta (1849 – 1929) und Konstantin Ritter (1859 – 1936). Lediglich Adickes und Oesterreich konnten Kant etwas abgewinnen, wobei der Einfluss Kants mit dem Kategorischen Imperativ und dem Republikanismus auf Oesterreich stärker war. Adickes war eher Kant-Philologe und brachte den wissenschaftlichen Nachlass heraus. Wie Kant fordert auch Adickes das autonome Individuum, weitergehende politische Folgerungen zieht er jedoch nicht. Adickes beschränkte sich bei Kant im Wesentlichen auf die Übernahme der Erkenntnistheorie. Weder er noch sein Kollege Groos mischten sich in die Politik ein. Groos hatte eine Schnittmenge mit der Philosophischen Anthropologie. Ritter war Platonist, Spitta psychologisch interessiert und Anti-Freudianer. Haering und Wundt waren Neu-Idealisten, die insbesondere Hegel, aber auch Platon und Fichte philosophisch und ideologisch bemühten.

Sämtliche Tübinger Philosophie-Dozenten kamen aus protestantischen Familien, ein Katholik oder ein Jude wurde in der Weimarer Republik nicht ans Philosophische Seminar berufen. Weder vertrat einer sozialdemokratische Ideen noch gab es USPD-Anhänger. Das Philosophische Seminar hatte folgendes politisches Profil: ein Liberaler (Oesterreich), zwei National-Konservative (Adickes, Groos), zwei Deutsch-Nationale (Haering, Spitta) und ein völkisch-antisemitischer Denker (Max Wundt ab 1929). Dieses politische Spektrum ließ der Tübinger Ortsgruppe der Kant-Gesellschaft nur eine geringe Bedeutung zukommen. Erst am 27. Januar 1922 gegründet, wird die Ortsgruppe 1928 in den Kant-Studien nicht mehr aufgeführt. Formell existierte sie noch bis in die 1930er Jahre.

Wie weit die Philosophische Fakultät schon 1928 politisch nach rechts gerückt war, zeigt die deutsch-national-völkische Liste, auf der sie die potenziellen Nachfolger des 1928 verstorbenen Erich Adickes präsentierte. Darauf standen mit Theodor Haering, Max Wundt, Heinz Heimsoeth und Erich Rothacker drei spätere NSDAP-Mitglieder. Ein Neukantianer hatte keine Chance. In ihrem Bericht an den Großen Senat machte die Fakultät klar, dass sie einen Metaphysiker und keinen Positivisten haben wollte. Deren Vertreter hätten die Philosophie Kants zu einseitig aufgefasst. Man wolle keinen, dem die Metaphysik nicht als philosophische Disziplin gelte. Heimsoeth und Wundt wurden gelobt, weil sie „die mit Meister Eckehart einsetzende, über Paracelsus, Böhme, Leibniz und Kant bis zu Hegel führende Art des Philosophierens“ herausarbeiteten, „die als die eigentlich deutsche Form der Weltanschauung bezeichnet werden kann.“ Haering wurde Ordinarius.

Ein Jahr später wurde Karl Groos emeritiert. Die Fakultät stellte eine fast identische Liste auf wie ein Jahr zuvor, mit Ausnahme Haerings. Da Nicolai Hartmann an die erste Stelle gesetzt wurde, erstellten acht Ordinarien einen Sonderbericht und machten sich für Wundt stark. Darunter waren der Historiker Adalbert Wahl (1871 – 1957), der Pädagoge Oswald Kroh (1887 – 1955) sowie der evangelische Theologe Gerhard Kittel (1888 – 1948). Kroh und Kittel wurden später Mitglied der NSDAP, gehörten 1933 dem „Führerrat“ der Tübinger Uni an, Kittel arbeitete später – wie Wundt – im „Institut zur Erforschung der Judenfrage“. Wundt, so der Bericht, sei einem der Unterzeichner „genau bekannt als besonders starke Persönlichkeit von echt philosophischem Ethos.“

Das war der deutsch-nationale Historiker Adalbert Wahl. Er hat Wundt an der Universität Dorpat 1918 (heute: Tartu, Estland) kennengelernt. Wundt war mit Wahl befreundet, mit ihm habe er sich „in politischen Dingen besonders gut“ verstanden, wie aus den unveröffentlichten Kriegserinnerungen Wundts hervorgeht. Beide waren Mitglied in der demokratiefeindlichen „Gesellschaft Deutscher Staat“, einer Plattform der DNVP für Hochschullehrer.

Nachdem Hartmann abgesagt hatte, berief das Kultministerium Wundt zum 1. Oktober 1929 nach Tübingen. Die sozialdemokratische Zeitung „Schwäbische Tagwacht“ stellte denn auch fest: „Vom Österberg bis zum Bismarckturm flattern die Fahnen der Reaktion. Und unten in der Universität werden republikanische Professoren hinausgeekelt und ihre Stühle mit Hakenkreuzprofessoren besetzt.“ Die Tübinger Uni sei auf dem besten Wege, zur Hochburg der Reaktion in Deutschland zu werden. 1929 waren beide philosophische Lehrstühle in deutsch-nationaler (Haering) und in deutsch-völkischer (Wundt) Hand, Stadt und Universität hatten sich nahezu kongenial nach rechts entwickelt.

Schauen wir uns das Seminarangebot in der Weimarer Republik an, so boten die Dozenten den Studierenden zwar einen umfassenden Überblick über die Geschichte der Philosophie. Rechts- und Sozialphilosophie jedoch wie auch Politische Philosophie (etwa Vertrags- oder Staatstheorien) kamen nur zweimal explizit vor (vom Platonisten Ritter im Sommersemester 1919: „Staat, Recht, Politik und Moral“ und vom Psychologen Spitta im Wintersemester 1919/20: „Ethik und Rechtsphilosophie“). Die Aufklärung, der Vernunftbegriff, auch der Neukantianismus Marburger Provenienz wurden nicht ausdrücklich thematisiert. Kein Thema war auch der Wiener Kreis (1924 – 1936) um die logischen Empiristen Schlick, Carnap, Neurath, Gödel, die sich zur Aufklärung bekannten und die Philosophie durch moderne Logik verwissenschaftlichen wollten. Hegel wurde ausschließlich von Haering angeboten (6 Mal). Hinzu kommen auch die fünf Seminare, in denen er sich mit der Geschichtsphilosophie befasste, Hegel hat darin für Haering eine bedeutende Rolle gespielt.

Kant (immerhin wurde 1924 der 200. Geburtstag groß gefeiert) kam in den Veranstaltungsankündigungen 13 Mal vor: Die „Kritik der reinen Vernunft“, in der Kant Erkenntnis und den Glauben trennt, allein 7 Mal (Oesterreich: 3; Haering: 1; Adickes: 2 und Groos: 1, die „Metaphysik der Sitten“ und die „Kritik der praktischen Vernunft“, also Kants Moralphilosophie, lediglich einmal (Adickes WS 1927/28).

Am Philosophischen Seminar hat nur der außerordentliche Professor Traugott Konstantin Oesterreich die Weimarer Republik öffentlich begrüßt und sie – zumindest am Beginn – auch aktiv unterstützt. Er war

damit einer der wenigen Demokraten an der Universität Tübingen (Uwe Dietrich Adam berichtet in seinem Buch von einer Handvoll; 1919 gab es etwa 140 Dozenten, 1933 waren es 211). Oesterreichs Maxime ist die Autonomie des Subjekts. Hier lehnt er sich ganz an Kant an. Freiheit ist für ihn nicht verhandelbar. Sein Ideal war das politisch reife und aufgeklärte Individuum. So sah er folgerichtig in der „republikanisch-demokratischen Staatsform“ die angemessene Verfassung. Politisch mischte er sich 1919 mit zwei kleinen Schriften zur Demokratisierung Deutschlands ein und trat für etwa eineinhalb Jahre der Deutschen Demokratischen Partei bei. In den beiden Schriften „Die Staatsidee des neuen Deutschland“ und „Vom Machtideal zum Kulturideal“ befürwortet er konsequent den neuen Staat, setzt sich für den Völkerbund als friedensstiftende Instanz ein, nennt den Krieg „staatlich organisierten Massenmord“ und mahnt die Politiker aller Länder, diesmal wirkliche Philosophen zu sein und Deutschland eine wirtschaftliche Regeneration zu ermöglichen. Diese beiden Bücher wurden ihm 1933 zum Vorwurf gemacht. Die Nationalsozialisten entließen ihn aus politischen Gründen.

Bei Theodor Haering (1884 – 1964) kann eine Radikalisierung und eine schleichende inhaltliche Gleichschaltung mit den Zielen einer autokratischen Regierung oder Diktatur noch vor 1933 festgestellt werden. Autoritäres und hierarchisches Denken sind bereits beim jungen Haering im Kaiserreich präsent. Als Vikar kritisierte er die individualistischen Tendenzen im Kaiserreich, vermisste ein gemeinsames Ideal. In einem Gedicht mit dem Titel „Die Toteninsel“, das er als 24-Jähriger seinen Eltern 1908 zum 30. Hochzeitstag schenkte, finden wir starke Hinweise auf den Führer-Gefolgschaftsgedanken sowie auf den A-Moralismus Haerings: Der Held des Gedichts darf Menschenleben opfern, wenn er bestimmte Ziele im Einklang mit dem „Schicksal“ als richtig erkannt hat: „Neue Saat wird nur mit Blut gedünkt“, lässt Haering den Helden sagen.

Nach dem Ersten Weltkrieg, im Januar 1919, setzt Haering seine Unterschrift unter einen Aufruf zur Versammlung und zum Parteieintritt in die Württembergische Bürgerpartei – der württembergische Ableger der DNVP, in der auch starke antisemitische Kräfte wirkten. Eine Ortsgruppe gab es auch in Tübingen. Seine Kreuze bei Wahlen machte Haering bei der Deutschen Volkspartei (DVP), der Deutschnationalen Volkspartei

(DNVP) und bei der „Front Schwarz-Weiß-Rot“ (ein Wahlbündnis aus DNVP, Stahlhelm und Landbund unter Führung der DNVP; es trat nur in der Märzwahl 1933 an und erreichte 8 Prozent der Stimmen).

In der Weimarer Republik zeichnete Haering ein großes Arbeitspensum aus (800 Seiten „Philosophie der Naturwissenschaft“, 1923; 1. Hegelband 1928, 785 Seiten; darin arbeitet Haering die hegelsche Machtstaatsideologie affirmativ heraus). Er hat auch drei Bücher geschrieben (1919, 1921, 1925), in denen er sich mit den aktuellen politischen Verhältnissen auseinandersetzt. In seinem zeitkritischen Werk (Die Materialisierung des Geistes, 1919) und den beiden geschichtsphilosophischen Werken (Die Struktur der Weltgeschichte, 1921; Hauptprobleme der Geschichtsphilosophie, 1925) legt er auch einen politischen Gegenentwurf zur bestehenden Republik vor: er konzipiert einen „organischen Staat“, in dem die Bürger jenen Platz einnehmen, der ihnen zugewiesen wird. Eine Verfassung oder politische Rechte werden von Haering nicht erwähnt. In diesen Werken bildet sich auch seine macchiavellistische Ethik heraus: der Zweck heiligt die Mittel.

Grundlage seiner Geschichts- und Staatsphilosophie wird Hegel, der zum „Volkspädagogen“ wird. Wie bei Hegel wird der Staat ein Machtstaat, die alleinige Handlungsvollmacht legt er in die „entschiedene(n) Einheit eines Anführers“, der „welthistorische“ Handlungen vollbringt. Göttlich oder schicksalhaft getrieben folgt der „Führer“ (manchmal auch im Plural die „Führer“) in freier Entscheidung einem Rufe. Bei Haering kommt jedoch nicht die göttliche, absolute Vernunft zu sich selbst, wie bei Hegel, der Tübinger Philosoph weist die letzte Entscheidung dem „freien Willen“ von „Auserwählten“ zu. Sie regieren autoritär und sind niemandem verantwortlich.

Weltgeschichte wird so für Haering zum in die Tat umgesetzten Willen der „Großen“, der „Führer“. Eine freie Entscheidung gibt es für die „Geführten“ nur einmal: indem sie sich in den „organischen Staat“ ein- und unterordnen. 1921 blickt Haering voll Hoffnung „auf eine Zeit, in welcher noch weit mehr, als zum Teil auch schon bisher, frei gewählte Ziele von Führern für die Geschichte maßgebend sein werden, bewusst freiwillig ergriffen von den andern Willen, welche sich von jenen führen lassen und in ihrem untergeordneten Bereiche selbstständig

mitzuarbeiten gewillt sind“ (Haering 1921, 350). Letzter Sinn der Geschichte ist für ihn eine eschatologisch gedachte „endliche Harmonie“. Dafür opfert er die autonome Persönlichkeit, den auf Rationalität setzenden Menschen einer letztlich willenlosen „Gefolgschaft“ und gleitet in den Irrationalismus ab.

Haering, der vielen als umgänglicher, freundlicher und auch witziger Typ erschien, als knitzer Schwabe, begriff sich als Teil einer Geistes-Elite, für den es „entwürdigend und im tiefsten Grunde auch unsozial“ war, dem Volk die Hochschule ganz zu öffnen und es zu lehren, wie er in einem Aufsatz von 1924 schrieb. Denn für den „Mann der Wissenschaft“ seien Popularität und Verständlichkeit für „die Masse“ nur Ablenkung und Hemmung. Ziel der Volksbildung sei die Vermittlung allgemein notwendiger und wichtiger Kenntnisse, die zu einem möglichst selbstständigen Denken und zur Orientierung im Leben verhelfen. Universitätswissen sollten „berufene Volksbildner“ vermitteln.

Nein, Haering war nur vordergründig ein „Volksfreund“. Auch in seiner späteren Rede auf Alt-Tübingen (1934) will er nicht die Standesunterschiede verwischen, im Gegenteil: die ständischen Grenzen in einer vertikalen Gesellschaftsgliederung sollen aufrechterhalten werden. Das eben ist für ihn Volksgemeinschaft: der Weingärtner kennt seine Reben, der Professor seine Wissenschaft. „Wahre Volksgemeinschaft“, sagt er dann 1936 in seinem Vortrag „Was ist deutsche Philosophie?“, bestehe nicht in „Gleichmacherei“, wie er die Gleichheit aller nannte, „die verschiedenen Stände“ sollten ihre „gottgewollte Verschiedenheit, ja Gegensätzlichkeit behalten und stolz auf sie“ sein, sich aber „als Glieder des einen Volkes fühlen, ‚ein jeglicher nach seiner Art‘“. Die „Gleichmacherei“ der Weimarer Republik war für Haering unnatürlich, er sah in ihr „einen der Haupt- und Krebschäden des Volkslebens und der Zeit.“ Dadurch sei das Wesen des Staates „denaturiert“, von sich selbst „entfremdet“ (1928). Verantwortlich machte er dafür das Zeitalter der Menschenrechte, der Aufklärung, die Sozialdemokratie und den Kommunismus. Sie würden für die gleichen politisch-sittlichen und wirtschaftlichen Rechte aller kämpfen, kritisierte er. Damit aber sei doch einfach jeder gemeint, ohne qualitative und sonstige Besonderheiten. In diesen Lehren kommen Zitat „gerade die Individualität und das Individuum in Wahrheit zu kurz“.

Den schärfsten Angriff auf die Republik unternimmt er 1931 – mit Unterstützung von Hegel-Zitaten aus der Verfassungsschrift 1802. Während Karl Jaspers mit seinem Werk „Geist unserer Zeit“ (1931) die drohende Diktatur aufhalten wollte, forcierte Haering den Untergang der Republik. In diesem Aufsatz löst er die hegelschen Aussagen aus ihrem historischen Kontext und projiziert sie auf die Weimarer Republik. Die Beamten ruft er zum Widerstand gegen Weimar auf. Denn „Deutschland ist kein Staat mehr“ konstatiert er mit Hegel. Insofern höre auch die Treuepflicht des Beamten auf. Um „das Leben des Ganzen zu retten“, sei Hegel nichts zu hoch oder zu heilig gewesen, um es nicht zu opfern – auch das Recht nicht. Zur Rettung schien „Hegel jedes Mittel recht, auch das gewalttätigste“. Selbst einen ausländischen Machthaber und Gewaltherrscher habe Hegel als ultima ratio gebilligt. Denn der Staat müsse erst wieder zu einem Staat gemacht werden. Das sollte allerdings nur eine „vorübergehende Operation“ sein, bis der Machtstaat geschaffen ist, „wirksam und erfolgversprechend natürlich nur in der Hand eines Meisters, eines gottgesandten Führers.“

Diesen Aufsatz veröffentlichte Haering in der aufgeheizten und explosiven Stimmung des Jahres 1931 mit Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, Straßenschlachten und bürgerkriegsähnlichen Zuständen, Präsidialkabinetten mit ihren Notverordnungen und den Wahlerfolgen der NSDAP in Thüringen und Braunschweig.

[Haerings Radikalisierung lässt sich auch an anderen Stellen nachweisen. Schloss er noch 1919 in seinem zeitkritischen Werk einen „physischen Zwang“ durch „Führerpersönlichkeiten“ aus, um „die Masse“ von ihrem materialistischen Streben weg- und einer idealistischen Weltanschauung näher zu bringen, wurde 1925 „Gewalt“ durchaus ein Mittel für die „Führer“, um die „Einheit“ des (insbesondere in der Weimarer Republik zersplitterten und zerstrittenen) Volkes herzustellen. 1931 soll das „System“ in einem revolutionären Akt (der Beamten) überwunden werden. Während die „Führerpersönlichkeit“ 1919 eher einer strengen Gouvernante gleicht, wird sie am Ende der Republik zum Diktator, der einen Machtstaat begründen soll.]

Ab 1927 wandte sich Haering auch der „Deutschen Philosophischen Gesellschaft“ zu, arbeitete im überwiegend konservativen und teils reaktionären Internationalen Hegelbund mit (Gründung 1930; Grund war laut Feldkeller ein „stark gewachsenes metaphysisches und religiöses Bedürfnis“) und schloss sich dem „Kampfbund für deutsche Kultur“ von Alfred Rosenberg an. Für das Publikationsorgan des Kampfbundes, „Volk und Kultur – Zeitschrift für deutsche Wiedergeburt“ (Hoheneichen-Verlag), war er als Mitarbeiter für den Bereich Philosophie vorgesehen. Der Kampfbund machte es sich zur Aufgabe, „dem politisch erwachten deutschen Volke den Glauben an seine deutsche Kultur wiederzugeben“, heißt es in einem Exposé vom Frühjahr 1932. „Deutsche Kultur“ war „arteigene Kultur“, moderne Kultur wie Expressionismus, Kubismus, Naturalismus wurden abgelehnt.

Der 30. Januar 1933 bedeutete für Haering keinen Bruch. Er knüpfte in seinen Reden und Aufsätzen nahtlos an seine Überzeugungen in der Weimarer Republik an. Eigenen Bekundungen zufolge hat er sich dem Nationalsozialismus während des dritten Hegel-Kongresses in Rom (19. bis 23. April 1933) zugewandt. Zeitgleich feierte das faschistische Italien die Gründung Roms mit großem Pomp. Das muss Haering mächtig beeindruckt haben. Nach seiner Rückkehr hat er sich durch Hitlers „Mein Kampf“ gearbeitet und notierte am 13. Juni 1933 auf der ersten Umschlagseite mit Bleistift: „Hitler, dessen Machtgewinnung mich leider erst zum Studium dieses Buches zwang, hat mich überzeugt, dass die Mittel der SPD (Gewerkschaft etc.) zunächst einfachen nationalen Zielen dienstbar gemacht werden müssen. Aber nur vorläufig. Sobald die kontradiktorische Macht überwunden ist, sind ‚höhere‘ Ziele nötig.“

Als Hitler nach dem „Röhm-Putsch“ am 30. Juni 1934 etwa 200 Widersacher und politische Gegner ermorden ließ, verteidigte Haering vor seinen Studierenden die Mordaktion und den „Führer“. Der müsse mit „eisernem Besen“ kehren. Der „Führer“ wird für Haering immer mehr zur Leitfigur. Diente die Weingärtnerrede vom November 1934 der Legitimation des nationalsozialistischen Systems, rückte Haering in seiner „Rede für den Geist“ 1935 den „Führer“ in die Nähe eines menschengewordenen Weltgeistes. Der Rassegedanke mag allein nicht den arischen Geistestyp hervorbringen, der vom Nationalsozialismus gefordert ist, so Haering in dieser Rede. Der „Naturfaktor“ Rasse

benötige die Leitung des Geistes. Gerade die NS-Bewegung ziele auf die Schaffung eines neuen Geistes. Insbesondere verstehe sich „der Führer ... ausgesprochenermaßen als Träger und Vorkämpfer einer *Idee*“. Geist, Weltgeist und „Führer“: Diese Trias rückt Haering ganz eng zusammen. Es scheint, als ob der „Führer“ nicht nur „Geist“ hat, sondern „Geist“, ja „Weltgeist“ ist, einer „der so deutlich erst in schwerem Kampfe und nach seiner Idee sich und sein Volk umformt, d.h. dem von ihm erkannten wahren geistigen Ziel und Wesen immer mehr zuleitet.“

[Ein unveröffentlichtes Gedicht mit dem Titel „Gebet des Führers“ wird zur Quasi-Apotheose des Diktators. Darin versetzt Haering Hitler in ein fiktives Zwiegespräch mit Gott: Gott ist der einzige, dem Hitler Rechenschaft schuldig ist. Der habe ihm das leidende Volk gezeigt. Hitler sei dann zu „Wunderkräften“ gekommen und habe das Volk aus der „Knechtschaft“ befreit. Jetzt solle Gott ihn die Zeiten des Kampfes überstehen und ihn das verheißene Land schauen lassen. Dafür bittet Hitler Gott um neue Kräfte. 1941 wusste Haering in einem Aufsatz auch, warum die deutsche Wehrmacht (Anfangs-)Erfolge im Zweiten Weltkrieg verbuchte: „Es kam ein Führer! Der Führer kam!“, rief er aus.]

Ab 1935 integrierte Haering das rassistisch-völkische Element in seine Philosophie, behauptete 1943 den Primat der rassistischen Grundlagen für einen jeweiligen „Volksgeist“ und dessen Kultur: da sich eine Kultur nämlich „artfremd“ entwickeln könne, müsse zu den rassistischen Grundlagen ein „kultureller Faktor“ hinzukommen. Dieser Faktor ist die Fähigkeit, die rassistischen Anlagen zu „arteigenen“ zu benutzen. Daher sei die Vereinigung von Rassenpflege und spezifisch deutscher Naturanlage mit dem Führerprinzip eine Wesensnotwendigkeit. Was „arteigen“ ist, entscheiden „die Führer“.

Für die Philosophie hat es Haering entschieden. In Abgrenzung zum französischen Rationalismus und englischen Empirismus behauptete er ein „Deutsches Denken“, stellte in Aufsätzen „Ahnenreihen“ deutscher Denker vor und suchte, eine „Deutsche Philosophie“ zu begründen. „Deutsches Denken“ ist demnach die „Vereinigung von Gegensätzen“ – ohne sie zu vernichten. Die Gegensätze werden dadurch auf eine höhere Stufe gehoben.

[Eine deutsch-völkische Fundierung von Begabungen versuchte Haering 1941. Er entdeckte „jenes nordische Ahnenerbe“, das sich „mit anderen hochwertigen Rassen“ gemischt habe und verteilte Philosophen, Mathematiker, Physiker, Herrscher und Feldherrn auf Stämme und Räume. Die „nordisch-fälische Grundmischung“ habe sich in den Stämmen noch gesteigert und ausdifferenziert. Haering, der einstige Philosoph des Geistes, wird hier zum Rassetheoretiker.]

Schlusspunkt seiner pseudophilosophischen Bemühungen sind die Gedanken zur „Philosophie als geistige Rassenkunde“: wie ein Zoologe den Knochen eines Sauriers genau zuordnen und anhand des Knochens den ganzen Saurier erstehen lassen könne, so müsse der Philosoph in der Lage sein, den einzelnen Gedanken eines Menschen als Teil von dessen Gedanken- und Begriffssystem zu begreifen. Wer etwa den Begriff „Proletarier“ sinnvoll benutzen wolle, übernehme unweigerlich auch das ganze System des Kommunismus. So müsse die „Hauptaufgabe aller wahren Philosophie(!)“ sein, „die Typen möglicher Weltanschauung immer deutlicher herauszuarbeiten und zu überblicken“. So könne man angeben, zu welcher „geistigen Rasse“ einer gehöre: ob es eine gute oder schlechte, eine reine oder gemischte, eine lebensfähige oder existenzunfähige Rasse sei. Denn auf „geistigem Gebiet“ müsse auf Dauer jede Rassenmischung lebenszerstörend und tödlich enden. Geistig müsse ein Volk immer einheitlicher und geschlossener werden, also einer einzigen geistigen Rassetype angehören, und zwar der „arteigenen“.

Haering drang aber auch ins antisemitische Lager ein. Er warf den Juden 1938 (Der gefährliche Dichter) vor, nicht von der „Idee der Deutschheit“ durchdrungen zu sein. Sie seien keine Deutschen, sollten sich daher nicht anmaßen, über Deutsche und das Deutschtum nachzudenken und zu schreiben. Aggressiver wird Haering in seinem Manuskript „Marx und Hegel“. Daran hat er gegen Kriegsende mit Unterstützung durch das „Amt Rosenberg“ gearbeitet. Er warnt darin vor der Gefahr „jüdischer Mimikry“, vor dem „jüdischen Einfluss“ und vergleicht die Juden mit einem Gift. Das deutsche Volk war „dem fremden Gift wehrlos ausgeliefert und zum Tode verurteilt [...] – so sehr, dass nur noch die radikalste Kur der völligen Entziehung dieses Giftes helfen konnte“.

Haering passt sich gegen Kriegsende immer mehr dem Kern des NS-Denkens an.

Als „Soldat des Geistes“ stand er aktiv nicht nur im „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ innerhalb der „Aktion Ritterbusch“. Auch andere wissenschaftsorientierte NS-Organisationen baten Haering um Texte. Von 1944 an gaben sie sich „die Klinke in die Hand“. Da war zunächst das Konkurrenzunternehmen der „Aktion Ritterbusch“, der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ (ERR). Das oben erwähnte Werk „Marx und Hegel“ war als Beitrag zur Ideologie des Bolschewismus“ vorgesehen. Es meldete sich auch der niederländische Reichskommissar Arthur Seyß-Inquart (1892 – 1946), der Haering drängte, in der Schriftenfolge „Westland – Blätter für Landschaft, Geschichte und Kultur an Rhein, Mosel, Maas und Schelde“ mitzuarbeiten. Schließlich stand Haerings Name auf einem Projektpapier der „Forschungs- und Lehrgemeinschaft Das Ahnenerbe“, 1935 gegründet von Reichsführer-SS Heinrich Himmler. Für den „Totalen Kriegseinsatz der Wissenschaft“ sollte Haering die Einleitung zum Sammelband schreiben („Was ist Europa?“) sowie den Philosophen-Part übernehmen. Das „Ahnenerbe“ hatte es sich zur Aufgabe gemacht, völkische Wurzeln freizulegen, „Arteigenes“ gegen „Artfremdes“ abzugrenzen und den deutschen Führungsanspruch innerhalb Europas (auch in der Philosophie) zu behaupten.

In seinen belletristischen Werken verstand es Haering, seine Texte auf sein Publikum zuzuschneiden. In der NS-Zeit veröffentlichte er das „Mondbuch“ (1935), einen romantisierenden Reiseführer zu Fuß, der ihn von der Wurmlinger Kapelle bis hinunter zur Universität führt. Darin preist er den Führer-Gefolgschaftsgedanken und diffamiert die Weimarer Republik. „Das Lächeln des Herrn Liebeneiner“ von 1940 hat das geduldige Ertragen des Krieges und der Folgen zum Thema, er beschimpft die „Unweiber“, die mit der Versorgungslage nicht zufrieden sind, er glorifiziert den Heldentod. Heldentod und Heldentum sind auch Themen in der Novelle „Der Tod und das Mädchen“. Unveröffentlicht blieb die Novelle „Der Griff aus dem Grabe“, in dem der Held zu Wunderkräften kommt und den Feind überwindet (März 1945).

Max Wundt

Max Wundt wurde 1929 nach Tübingen berufen. Mit ihm holte sich die Universität eine der zentralen Gestalten der extrem antidemokratischen und antisemitischen Philosophen in der Weimarer Republik nach Tübingen. Er konnte eine reiche gegen die Republik gerichtete, publizistische Tätigkeit nachweisen. Prägend für ihn war der Erste Weltkrieg. In seinen unveröffentlichten Kriegserinnerungen zeigt er sich kampffreudig und kriegseuphorisch, von der Schlacht ist er fasziniert. Er duldet keinen „Schlendrian“ in seiner Mannschaft, achtet auf „Zucht und Ordnung“, besteht aber auch nicht auf die Privilegien eines Offiziers.

Noch während des 1. Weltkrieges wollte er „nicht kampflös“ zusehen, wie sich das Kaiserreich in eine Demokratie verwandelte. So warnte er in Artikeln vor dem allgemeinen Wahlrecht, pries „echt germanische Tugenden“ wie „Treue und Gehorsam“, rief nach einer autoritären Monarchie. Die republikanische Verfassung sei „undeutsch“ und von den „Feinden“ den Deutschen übergestülpt worden. Die philosophischen Vertragstheorien „die abstrakte Gleichheit aller“, das parlamentarische System, gleiche und unmittelbare Wahlen – alles ist „fremde Phrase“. Wahlen seien eine „völlig unnütze politische Aufregung des Volkes“, so Wundt, denn „die Masse als solche sollte keine politische Macht sein. Sie ist der bloße Gegenstand politischer Gestaltung. Demokratie sei eine „Herrschaft der skrupellosesten Demagogen“, denen Politik als Geschäft gelte. Wundt veröffentlichte in der Weimarer Republik Artikel in mehreren anti-demokratischen Blättern, etwa „Deutschlands Erneuerung“ oder im „Völkischen Beobachter“ – alles Zeitungen, die zwischen dem deutschnationalen und dem aggressiven völkischen Spektrum angesiedelt waren. Er sprach auch als Dozent für Schulungswochen beim völkischen und antisemitischen Deutschen Hochschulring (DHR) und gehörte zu den führenden Köpfen der deutschnationalen Hochschullehrervereinigung. 1917 zählte er zu den Mitbegründern (zusammen mit Bruno Bauch) der weit überwiegend von deutschnationalen und völkischen Mitgliedern beherrschten Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPHG). Sie pflegte zahlreiche personelle Kopplungen und Beziehungen zu weiteren antirepublikanischen, deutsch-nationalen, völkischen und antisemitischen Organisationen, etwa zur Fichte-Gesellschaft, zur „Gesellschaft Deutscher Staat“ (GDS), zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund oder zum Alldeutschen Verband. Zusammen organisierte man Veranstaltungen und Tagungen.

Wundt referierte etwa über die Themen „Echter und unechter Volksstaat“ oder „Das Wesen des Führertums“.

Wundt war auch Mitbegründer vom „Kampfbund für deutsche Kultur“ (KfdK) und am 8. Juli 1931 Mitbegründer der Tübinger Ortsgruppe im Haus der Sängerschaft Zollern. Sein Name taucht ebenfalls unter einer Dankesadresse auf. Zusammen mit Hitler, Alfred Hugenberg (1865 – 1951), Mitgliedern der DNVP und des Stahlhelms übermittelte er den Dank des „Reichsausschusses für das Volksbegehren gegen den Young-Plan“ am 10. November 1929. Dieses „Volksbegehren gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ hatte die Aufhebung des Versailler Vertrags zum Ziel und unterstellte der Regierung Landesverrat. Im Herbst 1932 setzte Wundt seinen Namen unter die antiparlamentarischen Staatsreformpläne von Reichskanzler Franz von Papen. Sie hatten auch die Wiedereinführung der Monarchie zum Ziel.

[In seinen Arbeiten erwies sich Wundt auch als politischer Stratege. In „Geist unserer Zeit“ (1920) sucht er als monarchistischer Vertreter den Schulterchluss mit der Arbeiterschaft, die sich mit den alten patriarchalischen Kräften (Aldeutsche, Großgrundbesitzer, Adlige) zusammenschließen solle, um gemeinsam gegen das Bürgertum zu kämpfen und das System durch einen revolutionären Akt zu überwinden. Sie seien doch die „natürlichen Bundesgenossen“ des Proletariats. Schließlich hätten „wahre Sozialisten“ die soziale Gesetzgebung geschaffen: damit meinte er Kaiser Wilhelm I. und „seinen großen Kanzler“. Wenn ein Zusammenschluss gelinge, werde man das Ziel erreichen: „National statt international, Männer statt Masse, Sozialismus statt Kapitalismus.“ Dieser nationale Sozialismus zeigt sich in einer „kunstvollen Gliederung nach Berufsständen und Ortsverbänden“. Das sei „der gesunde Kern des ‚Rätegedankens‘“, so Wundt. Parteien sollten „aus Reichs- und Landtagen“ sowie aus Kreisversammlungen und Gemeinderäten „ausgetrieben werden“.

Max Wundt war nicht der Mann der Kompromisse. Mitte der 1920er Jahre wandte er sich gegen den „Stahlhelm“, den paramilitärischen Arm der DNVP, der „Hinein in den Staat!“ gerufen hatte, um durch Besetzung von gesellschaftlichen Funktionen den Staat zu unterminieren und politischen Einfluss zu gewinnen. Die „wahre Aufgabe der nationalen

Bewegung“, entgegnete Wundt, liege in der Schaffung eines festen Kerns „wahrhaft nationalen Lebens und Denkens“. Man müsse „in entschiedener Opposition“ verharren, eine „wirklich entschlossene Opposition“ werde immer Einfluss ausüben.]

Aufklärung und Rationalismus galten Wundt als „undeutsche Denkungsart“. Die allgemeinen Menschenrechte seien „ein hässliches Gemisch von verstiegener Schwärmerei und Krämergeist,“ den Völkerbund empfand er als Herrschaft eines Staates oder mehrerer Staaten über die übrigen, ein politisches Werkzeug (Wundt 1923). Der Idealismus hingegen sei „das wertvollste Gut der Welt“, er müsse wieder die Treue des Einzelnen gegen das Ganze lehren, bis zur Aufgabe der Individuen. Die Philosophie begründet Wundt schon 1920 völkisch, als „Geist von unserem Geiste und Blut von unserem Blute“, 1930 wurde sie zur „Lehre von der völkischen Weltanschauung“. In die Philosophie fließen bei ihm Überzeugung, Bekenntnis und Lebensgefühl, also irrationale Momente, ein. Die Disziplin ist ihm nicht voraussetzungslose Wissenschaft mit Anspruch auf Neutralität, Objektivität, Transparenz und Überprüfbarkeit der Ergebnisse. Philosophie wird irrational und volksgebunden. Wie auch seine Philosophenfreunde aus der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zieht er die deutsche Denkerlinie, angefangen bei den Scholastikern bis hin zu Nietzsche und behauptet ein spezifisch „deutsches Denken“. Charakteristisch sei dafür eine innere Anschauung, ein durch Meister Eckhart begründetes unmittelbares durch Vernunftbegriffe erleuchtetes mystisches Erleben. Das vereinige den Gottesgedanken mit der christlichen Lehre.

Die Weimarer Republik sah Wundt mit hegelschen Vokabeln (1920) im Zustand der Entfremdung des Geistes von sich selbst, im Zustand der Zerrissenheit und des Gegensatzes. Er konstatierte eine „Herrschaft des Geldes“, schrankenlose Genusssucht, Völlerei, Hamsterei, Schiebungen, eine furchtbare Sittenlosigkeit und einen stets wachsenden Klassenhass: „Dieser Staat ist undeutsch von der Wurzel bis zum Gipfel.“

[Undeutsch seien die „schmeichelnden Phrasen“ von Menschheit, Abrüstung, vom ewigen Frieden, von Völkerbund und Volksherrschaft. Deutschland könne nur durch große Männer und Helden zu neuen Höhen empor geführt werden. Es brauche keinen Diktator, wohl aber einen Herrscher an der Spitze, der wahrhaft Macht habe. Denn das Volk

benötige wegen seiner „furchtbaren Verwilderung“ eine Erziehung auf allen Wegen und mit allen Mitteln (Volkshochschule, Fortbildung, Mittel- und Hochschulen). Außerdem müsse man sich vom „Wahngedanken der so genannten Schrift- und Redefreiheit [...] frei machen“, ebenso von der Versammlungsfreiheit.]

Blut und Boden sind in Wundts völkischem Gesellschaftsmodell zentral. Sie sind die Wurzeln der Volksgemeinschaft. Der Boden ist dabei das äußere, das Blut das innere Band der Volksgenossen. Die militärischen Tugenden Befehl und Gehorsam werden auch Grundlage der Sittlichkeit im zivilen Leben, „Treue“ und „Ehre“ werden zu Pfeilern einer Ethik, die „Führer“ und „Geführte“ zusammenhalten. Dem Machthaber, der gleichzeitig Feldherr und Staatsmann sein müsse, werden auch tiefste Eingriffe in die Freiheit der Bürger erlaubt. Die „Volksgewalt“ verlegt Wundt – wie Hegel – in eine berufsständische Kammer. Darin können sich die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen ausleben.

Die rassistischen Grundlagen des „geborenen Führers“ sah Wundt in der nordischen Seele mit ihrer stürmischen Tatkraft und im nordischen Geist mit seinem auf hohe Ziele gerichteten Sinn (wie er 1926 in seinem Buch „Deutsche Weltanschauung. Grundzüge völkischen Denkens“ schrieb). Als ob Wundt den NS-Staat vorweg nimmt, fordert er: Der Führergedanke müsse das gesamte öffentliche Leben durchdringen, jeder sollte „nach Möglichkeit in seinem größeren oder kleineren Kreise zum Führer“ werden. Innenpolitisch forderte Wundt vom Staat den Schutz und die Förderung des deutschen Blutes, außenpolitisch die Vereinigung des von Deutschen in Mitteleuropa besiedelten Bodens sowie die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes. Seine rassentheoretische Begründung ist in diesem Werk in sich widersprüchlich, ein erbbiologischer Determinismus und ein geistig-religiöser Ursprung eines angeblich „jüdischen Charakters“ bestehen nebeneinander.

Der „Hauptfeind“ deutschen Denkens wurde in dieser Schrift der Jude. Im Anhang dieses Werkes, einer 25-seitigen Schrift mit dem Titel „Der ewige Jude“ stellt sich Wundt gegen „die Lehre von der bloßen Minderwertigkeit“ der Juden. Die Juden seien ein Volk, „eine Art Rasse zweiter Ordnung.“ Die „wahre Wurzel“ der rassistischen Besonderheiten liege in der Religion. Dieser „Judengeist“ habe schon „erschreckend

weite Bezirke der deutschen Seele erobert.“ Was dem deutschen Volk schade, müsse „ausgemerzt“ werden. Denn die Juden seien „eine teuflische Macht“.

Alfred Rosenberg hatte mit diesem Werk Schwierigkeiten. Er lobte zwar „eine Reihe von Kapiteln“, warf Wundt jedoch „Rassenchaos“ vor, „Kraut und Rüben“ lägen durcheinander. Auch vermisse er eine „klare Kampfstellung.“ Der Dissens war jedoch nicht tief. Rosenberg sah Wundt – wie auch Haering – für die 1932 von ihm geplante Zeitschrift des Kampfbundes für deutsche Kultur „Volk und Kultur“ als Schriftleiter vor – und zwar gleich in zwei „Kulturgebieten“: Unter der Sparte „Geist und Leben“ sollte neben Haering auch Wundt für die Philosophie zuständig sein, im Bereich „Staat und Kultur“ hätte Wundt mit Rosenberg, Hitler und anderen illustre Gesellschaft gehabt.

Wie Haering begriff sich auch Wundt als Geistes-Elite. In der Weimarer Republik bekomme „Jeder das Gleiche“, das sei eine „falsche Gerechtigkeit“ und eine „Beleidigung für den Menschen“ (Wundt, 1923). Mit Rückgriff auf Platon sieht er den Gelehrten vor allen anderen als Führer berufen. Denn der sei „zur Schau der Ideen gelangt“ und solle im Staat wirklich regieren. 1928 beklagt Wundt den „sittlichen Niedergang“ Deutschlands. Wichtigster Grund: der „Verlust hochwertiger Erbmassen“. Die „Hochwertigen“ würden schlecht gepflegt. Gründe seien die Lohnpolitik und das Schulwesen. „Minderwertige“ profitierten. Gemeint sind damit ein Teil der Arbeiterschaft, aber auch Parteifunktionäre. Nach Wundts Rechnung bekommen „Gebildete“ nämlich durchschnittlich zwei Kinder, „Arbeiter“ aber 4,1 Kinder. Nach 100 Jahren liege die Zahl der „Gebildeten“ bei 100, die Zahl der „Arbeiter“ hingegen sei auf 3.200 gestiegen. Für Wundt ein Alarmsignal.

Durch den Machtantritt der Nationalsozialisten hat Wundt profitiert: Ende April 1933 rückt er in den Kleinen Senat der Tübinger Universität auf, und „Kommissar“ Bebermeyer berief ihn am 20. Juli 1933 mit drei weiteren Dozenten in einen Ausschuss, der ein Reichsrahmengesetz zur Hochschulreform vorbereiten sollte. Im November 1933 wurde er Mitglied im „Führerrat“ der Universität. Schließlich wurde er im gleichen Jahr in den Vorstand der Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPHG) gewählt. Auf ihrer Tagung im Oktober 1933 stellte sich die

Deutsche Philosophische Gesellschaft hinter die neue NS-Regierung, wollte „an der philosophischen Ergründung und Vertiefung echter deutscher Weltanschauung“ mitarbeiten.

Seine Loyalität gegenüber Reichskanzler Adolf Hitler und der neuen Reichsregierung vom 2. Februar 1933 drückte Wundt durch seine Unterzeichnung der „Erklärung vom 1. März 1933“ aus: darin bekräftigen die Unterzeichner, dass sie „auf dem Boden der Kundgebung der derzeitigen Reichsregierung vom 2. Februar des Jahres stehen“ (auch die Tübinger Professoren Bebermeyer, Kroh, Matthaei, Sittig und Philosophen-Kollege Konstantin Ritter unterzeichneten).

In die NSDAP ist Wundt nicht eingetreten. Dazu war seine Abneigung gegenüber Parteien wohl zu groß. Er verwahrte sich auch gegen eine Einmischung des Staates in universitäre Belange. Seine Veröffentlichungen in der NS-Zeit teilen sich grob in zwei Bereiche: Philosophische Arbeiten, in denen er die fachwissenschaftlichen Normen überwiegend oder zum guten Teil einhält, und in Schriften, in denen er die Juden diffamiert und eine wissenschaftliche Begründung der völkischen Philosophie liefert. Zur ersten Gattung zählen etwa die Arbeiten über frühe Aufklärer von 1936 und über die deutsche Schulmetaphysik des 17. Jahrhunderts von 1938. Wundt philosophiert darin von einem idealistischen Standpunkt aus, Kant etwa wird ausschließlich als Metaphysiker reklamiert, der den platonischen Ideenbegriff erneuert habe. Vom autonomen Ich, von der liberalen Moral- und Staatstheorie Kants ist nicht die Rede. Dessen „Würde“ des Menschen interpretiert Wundt als „Ehre“ im altgermanischen Kontext.

Doch Wundt band auch in der NS-Zeit offene und codierte antisemitische Vorurteile und Ressentiments in seine Aufsätze ein. 1934 ließ er sich beim Alldeutschen Verband über den angeblichen „Einfluss der Juden“ aus. Den „Sinn der deutschen Revolution“ sah er in der Auflehnung gegen die angeblich „ungeheure Überfremdung“. Zwei Jahre später (1936) schloss er sich dem Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands an. Leiter war Walter Frank (1905 – 1945), der Wundt als einen von drei Tübinger Wissenschaftlern in den „Sachverständigenbeirat“ der „Forschungsabteilung Judenfrage“ holte. Diese „Forschungsabteilung“ sollte die Wissenschaft „auf gleiche Höhe“

– nicht in die gleichen Niederungen – mit der politischen und ideologischen Entwicklung bringen. Sie sollte die Voraussetzungen zur deutlichen Trennung zwischen Deutschen und Juden erarbeiten sowie die deutsche Wissenschaft gegen die Juden mobilisieren. Für die Schriftenreihe der „Forschungsabteilung“ schrieb Wundt nur zwei Aufsätze, 1936 und 1937. Darin schwächte er die wissenschaftlichen Leistungen der jüdischen Philosophen Maimonides und Spinoza ab und polemisierte gegen den Neukantianer Hermann Cohen sowie gegen Georg Simmel. Ihnen warf er leeres, anschauungsloses Verstandesdenken vor. Die Philosophie sei „dem Juden“ nicht angeboren oder angewachsen, wie den Völkern aus „nordischem Blute“, den Griechen und Germanen. „Der Jude“ habe die Philosophie als ihm selber Fremdes angenommen, wie überhaupt die Juden sich ihren „Wirtsvölkern“ angepasst und eine Schauspielerbegabung entwickelt hätten. Seine Ausführungen wollte Wundt nicht als nachträgliche Bekämpfung der Juden verstanden wissen. Das sei „nicht mehr nötig“, schrieb er generös. Er wolle damit dem „Einfluss des jüdischen Geistes“ entgegentreten.

Warum Wundt nur zwei Aufsätze verfasste, ist nicht bekannt, seine beiden Tübinger Kollegen Kuhn und Kittel (15) waren fleißiger. Bemerkenswert am zweiten Aufsatz von 1937 ist zweierlei: Erstens sind Ton und Wortwahl milder als Mitte der 1920er Jahre. Zweitens beendet er den – zumindest – physischen Kampf gegen die Juden. Offenbar reichten ihm die bis Mai 1937 (der zweiten Tagung der „Forschungen zur Judenfrage“) von den Nationalsozialisten ergriffenen judenfeindlichen Aktionen und Gesetze aus. Zehntausende Juden waren inzwischen emigriert, die verbliebenen entrechtet, diskriminiert und aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Wundt ging es „nur“ noch darum, sich dem „Einfluss des jüdischen Geistes“ entgegenzustellen.

Wundts Ansätze der völkischen Philosophie mündeten 1944 in eine systematische Darstellung der deutschen Philosophen „in Stamm und Rasse“. Deutlich ist hier sein Bemühen um „Verwissenschaftlichung“ seiner Rassevorstellungen. Das Werk galt ihm als Quintessenz rassephilosophischer Forschungen. In einem Anhang zeigte er Karten mit den Geburtsorten der Scholastiker, Aufklärer und Romantiker sowie die Verteilung von Haut-, Haar- und Augenfarbe in Mitteleuropa. Anhand

einer Tafelsammlung mit 111 Bildnissen von Philosophen gab er körperliche Merkmale an und schloss auf deren Rasse-Herkunft. Kant etwa wird folgendermaßen beschrieben: „Augen blau, Haar blond, Haut rosig. Nordisch mit leichtem dinarischem Einschlag.“

Mit dieser Arbeit wollte Wundt beweisen, dass die Vielfalt der deutschen Philosophie von 1590 bis zum Tode Hegels 1831 (also rund 250 Jahre) in jener Vielfalt wurzele, die sich in den verschiedenen Stämmen und Rassen gezeigt habe. Er wollte „die großen Grundhaltungen deutschen Philosophierens aus dem Lebensboden unseres Volkes in Stamm und Rasse“ herleiten. Zwar könne „nicht jeder Teil der philosophischen Lehrgebäude“ biologistisch erklärt werden, zwischen Anlage und Umweltbedingungen müsse unterschieden werden. Dennoch: Die Rasse bestimme den Geist und die Psyche. Das „recht eigentlich Deutsche“ erblickte Wundt in der „nordisch-dinarischen Mischung“. Sie sei der Grund, weshalb es zur überlegenen Begabung des deutschen Volkes über alle anderen neueren Völker gekommen sei.

Max Wundt hat seine rassetheoretischen Vorstellungen nicht aus Opportunismus konstruiert. Das hatte er nicht nötig. Sein Rasse-Begriff beanspruchte „Wahrheit“.

Ich komme zum Fazit: Bei Theodor Haering liegt inhaltlich und formal eine identifizierende Selbstgleichschaltung vor. Er identifizierte sich mit außerordentlich hoher Geschwindigkeit mit der NS-Diktatur und vor allem mit dem „Führer“, konzipierte ab 1935 eine völkische Philosophie. Seine Philosophie ordnete er politischen Interessen unter, er trat bewusst für den Nationalsozialismus ein. Seine gelegentlich verhaltene „Kritik gegen einseitige Übertreibungen“ (Individualismus – Gemeinschaft) war systemimmanent. Nach dem Zweiten Weltkrieg sagt er: „Ich suchte den wahren Nat. Soz. auf diese Weise als Versuch einer Kompensierung und Integrierung der großen Einseitigkeiten der vorhergehenden Zeit darzustellen und zu erweisen.“ Theodor Haering fühlte sich als der „bessere Nationalsozialist“. Formal dokumentierte er seine Identifikation mit dem NS-Staat durch seine Teilnahme an der Wissenschaftlichen Akademie des NS-Dozentenbundes und durch seine zahlreichen Mitgliedschaften in NS-Organisationen. Am 23. Oktober 1937 trat er rückwirkend zum 1. Mai in die NSDAP ein. Vom Sicherheitsdienst und von der Kulturpolitischen Abteilung wurde er als

„politisch zuverlässig“ eingeschätzt. Warfen sie ihm 1938 noch vor, „reaktionäre“ Gedanken geäußert zu haben und geistig unbeweglich zu sein, würdigte der Sicherheitsdienst 1941 Haerings Bemühen der vergangenen Jahre: „haltungsmäßig“ und fachlich versuche er in engen Kontakt mit dem Nationalsozialismus zu kommen. Auch Haering hielt in wenigen Aufsätzen und in seinem zweiten Hegel-Band die fachwissenschaftlichen Normen ein (etwa im Kantaufsatz und im Aufsatz über die moderne Physik), zum allergrößten Teil aber legte er sie beiseite. Unabhängig von seiner politischen Unterstützung für die NS-Diktatur und seinen abstrusen wissenschaftlichen Erkenntnissen löste er die Philosophie von ihrem internationalen Charakter und reduzierte sie auf „Deutsches Denken“. Und er löste sie von ihrem diskursiven Anspruch.

Bei Max Wundt liegt die Sache etwas anders. Wie bei Haering finden sich auch bei Wundt Werke, in denen er fachwissenschaftliche Normen einhält. Es sind sogar mehr als bei Haering. Aber ihn kennzeichnet eine teils illusionäre und teils identifizierende Selbstgleichschaltung. Illusionär deshalb, weil er sich eher eine Übergangs-Diktatur erhofft hatte, die dann den Weg für die von ihm grundsätzlich präferierte Erbmonarchie freimachen sollte. Illusionen hatte er sich wohl auch in anderer Hinsicht gemacht: Die von ihm in der Republik unterstützten Organisationen wie „Deutsche Philosophische Gesellschaft“, „Kampfbund für Deutsche Kultur“, „Alldeutscher Verband“ (1939) und „Gesellschaft Deutscher Staat“ spielten nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten keine große Rolle. Bei Philosophenkollegen galt Wundt eher als „Vorkämpfer“ deutschvölkischer Ideen, denn als „Mitkämpfer“ in der NS-Wirklichkeit. Seine Zurückhaltung, sich dem System intensiver anzudienen, offenbarte sich nicht nur in der relativen Reserviertheit als Referent in der „Forschungsabteilung für Judenfragen“, auch als Redner trat er wenig in Erscheinung. Doch Wundt identifizierte sich mit dem NS-System über seinen Antisemitismus und seine völkische Philosophie. Sie korrespondierten mit den nationalsozialistischen Erwartungen, ohne dass er sich anbieten musste. Wundt anerkannte die Bestrebungen des NS-Staates, als erster „die rassische Aufzucht und Pflege des Volkes zur obersten Aufgabe gemacht“, die „Minderwertigen“ von der Fortpflanzung ausgeschlossen und „Rassenmischung“ verhindert zu haben. Biologistisch galt ihm das Blut als Grundlage rassisch reinen „nordischen

Geistes“, er plädierte für „Aufzucht“ und „Wiedervernordung“. Mit seiner Blut- und Boden-Philosophie verletzte er die fachwissenschaftlichen Normen erheblich. Wundt fühlte sich als „Philosophen-Seher“, als „Weisheits-Lehrer“ dem Kontext antiker platonischer Schau-Mystik und christlich-idealistischer „Ewigkeits-Erlebnisse“ verhaftet. Sein spekulativer Idealismus vermengte „Glauben“ und „Wissen“, beanspruchte Allgemeingültigkeit, entzog sich jedoch jeglicher Begründung und Überprüfbarkeit.

Beide, Theodor Haering und Max Wundt, haben in ihren ideologischen Arbeiten den philosophischen Standpunkt des Idealismus verlassen. Denn auch im philosophischen Idealismus, der etwa wie bei Platon die Ideen oder wie in der Klassischen deutschen Philosophie, im Deutschen Idealismus, das Geistige zur Grundlage der Wirklichkeit macht, ist der Gebrauch der Vernunft unumgänglich. Haering und Wundt produzierten jedoch NS-konforme Mythen, sie nannten den „Führer“ „gottgesandt“, „Vertreter der Totalität“, Halbgott und fast Weltgeist (Haering) oder „Erwecker“ (Wundt). Das eigene Fach wurde zur „Mission“, „Geist von unserem Geist und Blut von unserem Blut“ (Wundt), der Philosoph ein „Führer des Volkes“, wenn er zur „Schau der Ideen“ fähig ist (Wundt). Das Volk war „Schicksalsgemeinschaft“ (Wundt) oder „lebendige Volksgemeinschaft“ (Haering). Mystifiziert wurden auch die „Volksseele“ und der „Volksgeist“. Für Haering jedenfalls bestand gar kein Zweifel, dass „die Bewegung“ im tiefsten Grunde eine religiöse und Glaubensbewegung ist, somit „notwendig“ transzendent sein müsse, wie er 1935 behauptete. Haering und Wundt erhoben den Mythos zur Wahrheit – mit einer pseudo-rassetheoretischen Fundierung gaben sie ihm eine scheinbar naturwissenschaftliche Grundlage.

Das Philosophische Seminar war am Ende des Zweiten Weltkriegs in einem katastrophalen Zustand. Am Schluss wurden ihm noch zwei weitere „braune Geister“ aufgezwungen: Erich Keller und Albert Dietrich.